

# **Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt 11**

obm GRÜNE, Ferdinand Salzmann

Fobm SPÖ, Gernot Aigner

An die  
Gemeindevertretung der  
Stadtgemeinde Saalfelden

## **Ergänzungsantrag**

**für die GV-Sitzung am 22.Feb.2021**

### ***Resolution an die Bundesregierung***

#### **Flüchtlingsaufnahme aus griechischen Inseln**

#### **Erklärung der Bereitschaft zur Flüchtlingsaufnahme aus griechischen Inseln**

#### **Allgemeine Forderungen zur Asyl- und Migrationspolitik**

Am 8.Sept.2020 zerstörte ein Brand das Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos. 14 000 Menschen, darunter 4000 Kinder, wurden obdachlos. Viele davon leben bis heute im Ersatzlager Kara Tepe oder in anderen Lagern der griechischen Inseln.

Menschenrechtsorganisationen, wie „Ärzte ohne Grenzen“ sprechen jedoch auch in diesen Lagern von „unmenschlichen Bedingungen“.

Angesichts anhaltender katastrophaler menschenunwürdiger Zustände in Lagern der griechischen Inseln richtet die Stadt Saalfelden die Resolution an die Bundesregierung, Österreich möge Flüchtlinge aus humanitären Gründen aufnehmen.

Saalfelden bekennt sich aber auch dazu, nach Maßgabe vorhandener Quartiere und privater Unterbringungsmöglichkeiten Familien aus Lagern auf den griechischen Inseln zu beherbergen.

Die Stadtgemeinde Saalfelden erhebt ferner aus humanitären Gründen im allgemeinen folgende Forderungen an die Bundesregierung:

- Mitbestimmungsrecht der Wohnsitzgemeinde beim humanitären Bleiberecht
- Mehr Personal für die Bearbeitung der Asylanträge zur schnelleren Abwicklung von Asylverfahren
- Unabhängige Rechtsberatung für Asylsuchende
- Mehr Sozialarbeiter\*innen und Psycholog\*innen in der Betreuung von Geflüchteten
- Einforderung der Kinder- und Menschenrechte von allen EU-Mitgliedsstaaten unter Einhaltung eines gerechten Aufteilungsschlüssels
- Die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zur Aufnahme von Flüchtlingen auf EU-Ebene voranzutreiben

Ferdinand Salzmann e.h.

Gernot Aigner e.h.